

Integration als Chance

Wie Deutschland als Kulturnation beweist, dass bürgerschaftliches Engagement sozialen Frieden sichert

RALPH HABICH UND BORIS KOCHAN

Das Jahr 2015. Innerhalb von Monaten kommen rund 900.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Öffentliche Einrichtungen arbeiten jenseits ihrer regulären Kapazitäten. Bürgerschaftsengagements überall in Deutschland vollbringen Phänomenales. In der Spitze helfen 800.000 Bürger – auf einen Flüchtling kam zeitweise ein freiwilliger Helfer – den Ankömmlingen aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan und Afrika beim Start in ihrer neuen Umgebung.

Vertriebene werden im Münchner Hauptbahnhof von Bürgerscharen empfangen, was keine inszenierte Willkommens-Show ist, sondern spontaner Ausdruck des Mitgefühls. Bayerns Metropole hat eine tragische nationalsozialistische Vergangenheit, heutige Münchner stehen fassungslos vor der Kaltherzigkeit jener Zeit. Sie sind froh, jetzt helfen zu können.

Deutschland, Europa: Hier entstand der Humanismus. Er löste das christliche Gebot der Barmherzigkeit aus seiner religiösen Bindung; dadurch wurde das Ideal offen für alle Kulturen. Mitmenschlichkeit, Menschenrechte, Menschenwürde: Mit dem Humanismus begann »die eine Menschheit«, die Gemeinschaft aller Menschen der Erde. Völkerverbindender Humanismus ist Teil der Identität des modernen Europas.

Integration braucht Partizipation

Von 1,2 Millionen Asylsuchenden seit 2013 haben inzwischen 660.000 Personen Bleiberecht in Deutschland erhalten, schätzt Frank-Jürgen Weise, bis Anfang 2017 Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Den Einwanderern zu helfen, in Deutschland eine Heimat zu finden, können Staat, Ämter und Behörden auch weiterhin allein nicht leisten. Dabei ist zur Verknüpfung von bestehenden und zur Initiierung von neuen Netzwerken eine »Zentrale Koordinationsstelle« unverzichtbar, die bürgerschaftliches Engagement bundesweit unterstützt – fördernd, moderierend, auch korrigierend. Mit Einfühlungsvermögen, Erfahrung und Wissen, mit praktischen Instrumenten, finanziellen Mitteln und einem Plan, der »lernt« und beständig verbessert wird. Folgende Prinzipien sollten dabei als Leitgedanken dienen:

1. Sache der Bürger: Die Integration von Flüchtlingen kann nicht verordnet werden, sie muss eine Angelegenheit auch des bürgerschaftlichen Engagements bleiben. Nur dann wird die Bereitschaft gestärkt, Opfer und Risiken mitzutragen. Die Fähigkeit des Staats, Partizipation erlebbar zu machen und Enthusiasmus dafür zu wecken, ist noch weit entfernt von dem, was eine zeitgemäße Parlamentarische Demokratie können müsste. Diese Kompetenz wird darüber entscheiden, ob die Identifikation der Bürger mit der Demokratie einen Aufschwung erfährt.
2. Gesicht zeigen – wechselseitig: Einwanderer sollen sich ihren Nachbarn bekannt machen, einzelne stellvertretend für alle, in Bürgergesprächen, in Ausstellungen und in Medien.

Auch Menschen, die hier leben, geben sich zu erkennen, »normale« Leute mit Herz und Sinn für Gemeinschaft: Was habe ich vom Fremden, was hat der Fremde von mir. Integration beginnt mit der Gelegenheit zur gegenseitigen Wahrnehmung.

3. Vorurteile und Falschmeldungen ausräumen: Die größte Verführung zur Fremdenfeindlichkeit geht von Zerrbildern aus, die Fremde herabsetzen und dämonisieren – ohne öffentliche Korrektur. Der »Kampf um die Bilder im Kopf« ist deshalb entscheidend für das Gelingen von Integration. Das Werben um Kopf und Herz der Menschen muss auf den Dörfern und Schulhöfen beginnen und bis in alle Winkel des Internets vordringen. Enklaven, in denen böartige Vorurteile un widersprochen gepflegt werden, darf es nicht mehr geben. Die »Zentrale Koordination« muss hierbei schnell agieren, sehr anschaulich auftreten und auf aktuellste Techniken zugreifen.
4. Orientierung für integratives Verhalten: Neuen Mitbewohnern muss konkret vermittelt werden, welche Werte und Sitten hier hochgehalten und strikt geschützt werden. Jeder muss ein Exemplar des Grundgesetzes erhalten, in der jeweiligen Landessprache kommentiert und anschaulich illustriert, je nach Empfängergruppe mit besonderen Schwerpunkten, z. B. die garantierte Gleichrangigkeit der Geschlechter. Einheimische Bürger erhalten eine analoge Fassung: Zum 14. Geburtstag sollte jedem Jugendlichen in einem kleinen Initiationsritual »sein persönliches Exemplar« übergeben werden. Übergeber und Empfänger signieren es handschriftlich.
5. Öffentliche Anerkennung: Freiwillige benötigen öffentliche Anerkennung, vor allem kollektiv. Das konkretisiert den Wert ihrer Anstrengungen und veranlasst andere, künftig mitzuwirken. In dieser Frage hat die demokratische Führung bisher nicht gegläntzt: Der Staat hat eine Bürgerschaft, die ein Denkmal verdient, und bemerkt es nicht.

Den Wandel gestalten – mit bürgerschaftlichem Engagement

Die systematische Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird noch wertvoller, wenn die zuvor dargestellten Ideen und Strukturen genutzt werden, um eine weit größere gesellschaftliche Zukunftsaufgabe anzugehen.

Es gilt als konservative Prognose, dass in zehn, fünfzehn Jahren 20 Prozent aller Menschen in Deutschland, die ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, keine Arbeit finden. Die Gelder zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit sollten dazu genutzt werden, Bürgern dabei behilflich zu sein, ihre Zeit sinnvollen Aufgaben zu widmen, die Wertschätzung finden.

»Künstliche Intelligenz« und Digitalisierung der Wirtschaft unter dem Schlagwort »Industrie 4.0« sind die Motoren des Wandels. Das Auto, das selbstständig ferne Ziele ansteuert, ist technisch bereits machbar. Das automobiler Luxus-Segment macht derzeit Schlagzeilen; die Durchsetzung auf öffentlichen Straßen könnte der Güterverkehr besorgen. Zugleich wird der Roboter populär – so erhält beispielsweise der für Service und Haushalte konzipierte »Pepper« vom Publikum exzellente Sympathie-Bewertungen. Acht Monate nach der Markteinführung waren bereits 10.000 Pepper verkauft – bei einer Leasinggebühr von 550 Euro monatlich.



Sonnenallee im Wandel

Die Leistungsexplosion der Künstlichen Intelligenz wird durch Algorithmen angeheizt, bei denen der Technik nicht mehr detailliert Handlungsschritte, sondern Ziele vorgegeben werden, zu denen das System selbst die besten Wege findet. Ende Januar 2017 gewann die Software »Libratus« der Carnegie Mellon University (Pittsburgh, USA) ein Pokerturnier gegen vier der besten Pokerspieler der Welt. Die Sensation: Libratus beherrschte den Bluff besser als alle professionellen Gegner – obwohl niemand das System im Bluffen unterwiesen hatte. Im Laufe von 120.000 Spielen hatte Libratus die psychologischen Tricks der Profis verstanden gelernt.

Selbst exzellent qualifizierte Akademiker sind nicht geschützt davor, dass Künstliche Intelligenz ihre Aufgaben übernimmt. Die freundlichsten Schätzungen gehen davon aus, dass etwa neun Prozent der Arbeitsstellen in Deutschland von der Automatisierung bedroht sind.

Die Fähigkeiten zukünftiger Erwerbsloser bilden ein enormes Kompetenzspektrum, werden es doch Menschen aus nahezu allen Branchen und Berufen, sämtlichen Qualifikationen, verschiedenster kultureller Herkunft und allen Altersgruppen sein. Das wird bewährte und ganze neue Formen von Nachbarschaftshilfe generieren: Die einen packen drei Straßen weiter bei einem Umzug mit an. Andere unterstützen als Experten aus Bielefeld den Bau eines Brunnens in einem kleinen Ort in der Sahelzone, dem Internet sei Dank. Auch ältere Personen finden Gesprächspartner mit ähnlichen Interessen, an deren Aktivitäten sie teilnehmen können. Sehr viele Menschen wer-

den lernen, ihr Know-how lebendig und »pädagogisch wertvoll« zu vermitteln.

Wir müssen diesen Wandel zum Vorteil aller Bürger nutzen, insbesondere auch kulturell. Denn: Bezahlte betriebliche Arbeit hat im soziokulturellen Leben bei uns eine Rückgrat-Funktion. Dafür muss Ersatz gefunden werden. Wer keine Erwerbsarbeit findet, muss Anreize für freiwillige Engagements erhalten und aus seiner depressionsfördernden »Privat-Enklave« abgeholt werden.

Bei der Organisation des Feldes und der Koordination des bürgerschaftlichen Engagements in allen Bereichen und Regionen Deutschlands werden die Erfahrungen und die Infrastrukturen, die bei der Flüchtlingsintegration eingerichtet werden, übernommen oder als Erfahrungsgrundlage verwertet werden.

Für den Aufbau der Zusammenarbeit muss ein Kooperationsforum geschaffen werden. Mit dem Deutschen Kulturrat steht eine erfahrene Organisation zur Verfügung: Freiwilligenorganisationen sind Kultureinrichtungen ähnlicher als der Industrie.

Ministerium für bürgerschaftliches Engagement

Mehr als 30 Millionen Personen sind in Deutschland bürgerschaftlich engagiert. Viele dieser Zusammenschlüsse sind als Nukleus für eine »wirkliche« Lösung zu sehen. Die administrativen Strukturen von Freiwilligen-Organisationen sind extrem uneinheitlich: Einige glänzen mit der Professionalität globaler Konzerne, andere operieren auf dem Niveau einer Pfadfindergruppe – und können inhaltlich dennoch brillante, vorbildhafte Arbeit leisten.

Das bürgerschaftliche Engagement ist so zu fördern, dass es ein Partner wird, mit dem die Politik große Aufgaben strategisch planen und realisieren kann. »Nebenbei« kann der Staat diese Aufgabe nicht lösen.

Deshalb muss eine leistungsfähige Schnittstelle zwischen bürgerschaftlichen Engagements und der Regierung kreiert werden, um eine gezielte Förderung der Organisationen zu ermöglichen und für die enge operative Zusammenarbeit von Politik und Freiwilligen zu sorgen.

Für diese Aufgaben soll ein Bundesministerium für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet werden, analog zu den Ministerien für bezahlte Arbeit und Soziales, für Familie und für Umwelt.

Die Politik muss zügig handeln. Der Beginn der neuen Legislaturperiode wäre ein günstiger Zeitpunkt, um dem Ereignis Signalwirkung zu verleihen.

2017 lässt sich das herausragende Engagement der Bürger bei der Flüchtlingsintegration glaubhaft als Gründungsimpuls für das neue Ministerium nennen. In der Corporate Identity entspricht diese historische Bezugnahme der Aktivierung eines Gründungsmythos. Er wird nachhaltig helfen, bürgerschaftlichem Engagement ein ungekanntes Ansehen und dem Ministerium emotionalen Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen.

Ralph Habich ist Vizepräsident des Deutschen Designtages und freier Berater für Designmanagement, Markenentwicklung und Corporate Identity. Boris Kochan ist Präsident des Deutschen Designtages und geschäftsführender Gesellschafter der Branding- und Designagentur Kochan & Partner